

selbständig machen möchte, zu den über 30 oder 40 Jahre verlorengegangenen Zinsen der Inventarbeiträge, und wie stehen Sie zur Rückzahlung von in der jetzigen LPG erarbeiteten Anteilen?

**Dr. W a t z e k für die Fraktion DBD/DFD:**

Dazu gibt es in einer Reihe von Genossenschaften schon konkrete Abstimmungen und Regelungen. Ich bin der Auffassung, darüber hat das Kollektiv der Genossenschaftsmitglieder eigenverantwortlich zu entscheiden, welche Lösungen sich anbieten im Rahmen der verfügbaren Fonds

(Widerspruchs- und Unmutsäußerungen bei CDU/DA)

und wie das konkret mit der LPG ausgestaltet werden kann.

(Beifall bei DBD/DFD und PDS)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt erhält der Vertreter der Fraktion CDU/DA, der Abgeordnete Gottfried Haschke, das Wort.

**Haschke für die Fraktion CDU/DA:**

—/erehrtes Präsidium! Meine verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Unser gemeinsames Ziel ist eine soziale und ökologische Marktwirtschaft. Es gibt Länder, in denen diese Wirtschaftsform schon über Jahrzehnte erfolgreich funktioniert, doch noch niemand hat uns den Übergang von der totalen Kommandowirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft vorgezeichnet. Das war ja auch nicht möglich; denn vor einem Jahr noch hat niemand in der Welt daran gedacht, vor welcher großen Aufgabe unser Volk gestellt wird. Die Umstrukturierung dieser gesamten Wirtschaft ist eine Grundvoraussetzung für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft.

Als ein wichtiges Element in diesem Prozeß sehen wir die strukturelle Anpassung der Landwirtschaft. Der uns heute vorliegende Entwurf eines Anpassungsgesetzes ist nach unserer Meinung ein Baustein, der noch mit großen Mängeln behaftet ist.

(Beifall bei CDU/DA)

Die Bauern dieses Landes haben bisher trotz Bevormundung und Dirigismus beachtliche Leistungen erbracht.

(Beifall bei DBD/DFD)

Verfehlte Subventionspolitik, schlechte Investitionspolitik, verschlissene technische Basis und Fehleinschätzungen unserer ehemaligen Staatsführung haben unsere Landwirtschaft in eine große Notlage gebracht. Deshalb sind strukturelle Veränderungen und gezielte finanzielle Unterstützung bei der Anpassung und beim Einstieg in die Marktwirtschaft dringend erforderlich. Wir sind der Meinung, Vergangenheitsbewältigung auf dem Dorf ist auch ein Teil der friedlichen Revolution in unserem Lande. Die Schatten der Kollektivierung und die mancherorts praktizierten Bauernverfolgungen, die so vielen Bauernfamilien Leid und Unrecht gebracht haben, sind noch erkennbar, doch wir sollten nicht altes Unrecht mit neuem Unrecht beantworten. Aber die freie Verfügbarkeit von Eigentum und Grund und Boden sollte im Gesetz klarer zum Ausdruck kommen; denn ebendiese freie Verfügbarkeit ist ein Grundrecht jeder freiheitlich-demokratischen Ordnung und Basis für Beleihung und Finanzierung.

Die genossenschaftlichen Gedanken unserer Urgroßväter, die schon 1898 zu einem Genossenschaftsgesetz zusammengefaßt wurden, haben noch heute ihre Gültigkeit. Bei der Umstrukturierung, d.h. Vereinigung, Teilung, Neubildung von Genossenschaften, muß Freiwilligkeit der Vereinigung zum Zwecke der Förderung des einzelnen oberstes Gebot sein. Jedem Bauern

und Grundeigentümer muß die Möglichkeit gegeben werden, mit seinem Boden eine neue Existenz im Voll- oder Nebenerwerb zu gründen oder diesen gemeinschaftlich in einer Genossenschaft zu bewirtschaften.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Jeder, der dies nicht möchte oder kann, muß einen angemessenen Pachtzins erhalten.

(Beifall bei CDU/DA)

Bei der Neuformierung landwirtschaftlicher Betriebe müssen nach unserer Meinung folgende Grundsätze und Forderungen erfüllt werden.

Erstens: Schaffung überschaubarer, ökologisch vertretbarer Betriebe. Das bedeutet, Gigantismus nach dem Motto „Groß, größer, am größten“ gehören der Vergangenheit an.

(Beifall bei den Koalitionsparteien und bei DBD/DFD)

Zweitens: Chancengleichheit aller Eigentumsformen.

Drittens: Anschub- oder Gründungshilfe für neu entstehende Betriebe, gleich welcher Art.

Viertens: Förderung des Eigentümerbewußtseins und der Privatinitiative.

(Beifall bei den Koalitionsparteien)

Fünftens: Fondsübertragung bei Ausgliederung der Nebenproduktionsbereiche.

Sechstens: Fondseinsatz für soziale Absicherung und Schaffung von Umschulungsmöglichkeiten für frei werdende Mitarbeiter und Genossenschaftsmitglieder.

(Beifall bei CDU/DA)

Siebtens: Fairness bei Fondsauflösung, auch für landlose Mitglieder, d. h. auch für diejenigen Genossenschaftsmitglieder, die ohne Land in die LPG eingetreten sind. Zum Beispiel haben ehemalige MTS-Traktoristen doch in 25jähriger oder 30jähriger Tätigkeit große Werte mit geschaffen, deshalb sollten diese Mitglieder das Recht haben, auch einen angemessenen Anteil zu erhalten.

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen, DBD/DFD und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Achtens: Inventar- und Investbeiträge der Mitglieder müssen, den neuen Bedingungen und Preisen entsprechend, umbewertet und für die Einbringer verfügbar werden.

Unsere Meinung: Zu den Fragen im Gesetzentwurf über Flurneuordnung, Mitgliedschaft, Schuldenübertragung bei Austritt, Umbewertung von Inventarbeiträgen und Altschulden sollte noch gründlich in den Ausschüssen beraten werden.

Der uns vorliegende Gesetzentwurf bedarf nach unserer Meinung, der Meinung der CDU/DA-Fraktion, einer gründlichen Überarbeitung in den Ausschüssen. Wir sind für die Überweisung an die genannten Ausschüsse. - Danke.

(Beifall)

**Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Es gibt noch zwei Anfragen. Sind Sie bereit, darauf einzugehen? - Bitte.

(Zwischenfrage aus der Fraktion CDU/DA: Herr Abgeordneter, stimmen Sie mit mir überein, daß die frühere Entschuldung der Klein- und Mittelbauern durch das Ge-